

Betreff: Rahmenkonzept des Ministeriums für das Schuljahr 2023/24

Sehr geehrte Frau Ministerin Prien,

als Landes-Eltern- und Schülervertreter:innen und vom Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsycholog:innen (VSHS) unterstützen wir grundsätzlich die meisten Gedanken und Ideen, die sich im Rahmenkonzept zum Schuljahr 2023/24 wiederfinden. Insbesondere der Satz, dass es zu den „elementaren Aufgaben von Schule gehört, ... Schülerinnen und Schüler (SuS) in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und zu stärken und für das psychische Wohlergehen der SuS Sorge zu tragen“ (S.13), ist angesichts der zurückliegenden und aktuellen Krisen von großer Bedeutung und Tragweite.

Dabei möchten wir betonen, dass die psychischen Belastungen in Schule (wir inkludieren dabei alle, die im Bereich Schule tätig sind) nicht erst seit der Pandemie sehr hoch sind (für die Gruppe der SuS vgl. Sie hierzu bitte auch die KIGGS-Studie des RKI). Deswegen wäre es fatal, von einer „Phase“ zu sprechen, was impliziert, dass man da jetzt nur „durch muss“ und es irgendwann vorüber ist. Auch wenn sich der dramatische Anstieg von krisenhaften Entwicklungen in Schule „nach“ der Pandemie hoffentlich irgendwann „normalisieren“ sollte, kann man aber leider nicht davon ausgehen, dass es besser wird als vorher. Das liegt auch an langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen, die mit den aktuellen Krisen nur mittelbar in Verbindung stehen (z.B. demographischer Wandel, veränderte Werte und Einstellungen, Digitalisierung etc.). Deswegen müssen wir mit vereinten Kräften daran arbeiten, für eine bessere psychosoziale Versorgung in der Zukunft zu sorgen. Die Förderung von Basiskompetenzen gelingt z.B. nur, wenn die basalen emotionalen und psychosozialen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Das gilt dann analog für alle anderen Gruppen in Schule. Hier bedarf es einer enormen Kraftanstrengung und keines Flickenteppichs. Das „Aktionsbündnis Bildungswende jetzt“ forderte deswegen auch jüngst ein „Sondervermögen Bildung“ von mindestens 100 Mrd. Euro. Es fehlen bisher leider aber auch die mittel- bis langfristigen Perspektiven! Zu lange wurde in diesem Bereich „gespart“. Bund und Länder müssen hier verstärkt zusammenarbeiten! Wir fordern daher für die folgende Bereiche:

1. Personal

- a. Eine spürbare Entlastung von Lehrkräften, gerade in einer Zeit des Lehrkräftemangels
- b. Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

- c. Eine bessere Versorgung mit Schulsozialarbeit und schulischen Assistenzkräften/Poolkräften sowie ein Ende der Trägervielfalt und der damit verbundenen teilweise enormen bürokratischen Hemmnisse.
- d. Stundenzuweisungen für Kreisfachberater*innen für schulische Erziehungshilfe nicht zu kürzen, sondern aufzustocken. Wir brauchen alle im System, die an solch wichtigen Schnittstellen tätig sind!
- e. Einen Ausbau der Schulpsychologie auf ein Verhältnis von 1:1000 und einer Zuständigkeit für max. fünf Schulen wie der Bund Deutscher Psycholog*innen (BDP) im „Berufsprofil Schulpsychologie“ schon seit 2008 fordert. In einem ersten Schritt könnten dafür zum Beispiel die aus dem Sofortprogramm gestellten 15 befristeten Stellen entfristet werden, auch um qualifiziertes Personal an dieser Stelle nicht zu verlieren, das in anderen Bundesländern zum Teil jetzt schon fehlt.
- f. Alles zu tun, um attraktive und sichere Stellen im Bereich Schule zu schaffen.

2. Schulkultur

- a. Eine Schulkultur zu fördern, in der sich SuS wohl fühlen können:
 - Konkret sollten dafür Klausuren- und Abschluss-Anforderungen reduziert werden, solange Lücken in den Kompetenzen bestehen.
 - Es sollten Anstrengungen unternommen werden, Zeitpläne zu entzerren. Das beinhaltet, dass weniger Klausuren pro Woche und insgesamt geschrieben werden und im Vorfeld besteht ausreichende Zeit, um sich angemessen vorbereiten zu können.
 - Die Tagespläne sollten insbesondere in der Oberstufe reduziert werden, damit keine 10-Stunden-Tage entstehen.
 - Die Unterrichtsinhalte müssen entschlackt werden und dürfen nicht bei Nichterfüllung auf das EVA außerhalb des Unterrichts „abgewälzt werden“, um so insgesamt den zu hohen Druck aus dem schulischen System herauszunehmen.
 - SuS sollten nicht mehr als eine 38-Stunden-Woche haben, Hausaufgaben eingerechnet.
 - „Luftholen statt Aufholen“ sollte generell ein Gradmesser für Entscheidungen nicht nur in Nach-Pandemie-Zeiten sein, um damit auch langfristig Raum für Anderes zu schaffen.
- b. Allgemein muss die Verbesserung der Kommunikation innerhalb des Systems gefördert werden, was auch, aber nicht nur ein Zeitfaktor ist. Diese ist zeitlich zu begrenzen, zum Beispiel sollte keine schulische Kommunikation mehr am Abend

stattfinden. Gerade kranke SuS können hier besonders profitieren. Hierbei geht es auch um eine bessere Wiedereingliederung nach längerer Krankheit.

- c. Eine breitere und kontinuierliche Aufklärung der in Schule Tätigen über psychische Gesundheit und ein behutsamer und wertschätzender Umgang mit Erkrankungen oder „Besonderheiten“ aller Art. Gerade SuS fühlen sich diesbezüglich leider immer noch oft nicht ernst genommen.

3. Struktur

- a. Sich mit den anderen Ministerien landes- und bundesweit abzustimmen, um z.B. deutlich mehr Plätze für ambulante Psychotherapie zu schaffen, Wartezeiten für Kliniken zu reduzieren, den Ausbau des Jugendärztlichen Dienstes voranzubringen und den Allgemeinen Sozialen Dienst zu stärken.
- b. Insgesamt wünschen wir uns auch eine stärkere Beteiligung, z.B. auch beim vorgelegten Rahmenkonzept!
- c. Zusätzlich sollten auf wissenschaftlicher Grundlage mehr Daten erhoben werden, die verlässlich Aufschluss geben können über die aktuelle Lage.
- d. Die bessere Kenntnis aller über das psychosoziale Versorgungsnetzwerk, wobei ein bloßes Auflisten potenziell möglicher Institutionen nicht ausreicht, weil das System in weiten Teilen insgesamt schon lange überlastet ist und Hilfe oft erst nach Monaten oder Jahren zu erwarten ist.
- e. Insgesamt mehr Mittel für Prävention zur Verfügung zu stellen.

Unsere Forderungen zu einer Verbesserung der psychischen Gesundheit der an Schule Beteiligten sind nicht nur als aktuelle Krisenbewältigung zu verstehen. Der Schutz der Psychischen Gesundheit sollte unabhängig davon immer einen hohen Stellenwert haben, denn Gesundheitspolitik sollte keine bloße Bewältigungspolitik sein.

Ein gemeinsames Gespräch mit allen Unterzeichner:innen und Ihnen würden wir sehr begrüßen! Mit freundlichen Grüßen

Für die Landesschüler:innenvertretung der Gymnasien: Tom Daubmann

Für die Landesschüler:innenvertretung der Gemeinschaftsschulen: Amelie Biebau

Für die Landesschüler:innenvertretung der Berufsbildenden Schulen: Thorsten Resch

Für die Landeselternbeiräte der Gymnasien: Ute Kobert-Kiebjieß

Für die Landeselternbeiräte der Gemeinschaftsschulen: Marion Khabiri

Für die Landeselternbeiräte der Grundschulen und Förderzentren: Ann-Kathrin Vahlbruch

Für die Landeselternbeiräte der Berufsbildenden Schulen: Inka Okafor

Für den Verband der Schleswig Holsteinischen Schulpsycholog:innen (VSHS): Jörg Lorenzen-Lemke



LEB Gems. SH
WIR SIND FÜR EUCH DA!

LEB
S-H LandesElternBeirat
Gymnasien
Schleswig-Holstein

